



Die Debatten auf dem goldenen Sofa im Café Julius bergen Konfliktpotenzial. Laut Nirit Sommerfeld finden sie auch ohne Förderung statt. Foto: Andreas Seidel/Archiv

FP+ Chemnitz

🕒 19.03.2026 | 12:30

Streit um Tacheles-Gespräche auf Sofa in Chemnitz



Von Susanne Kiwitzer

Die Sächsische Kulturstiftung wollte das Programm von Nirit Sommerfeld mit 14.000 Euro fördern. Jetzt geht es um die Streichung des Geldes. Offiziell aus formalen Gründen. Wurde die Stiftung unter Druck gesetzt?

Chemnitz. In Sachsen wird 2026 das Jahr der jüdischen Kultur gefeiert. Der Titel: Tacheles. Das ist jiddisch und bedeutet Klartext. Nirit Sommerfeld redet auch gern Klartext. Über ihren Verein Antonplatz hat sie eine Gesprächsreihe entwickelt. Neun jüdische Persönlichkeiten hat sie eingeladen, um mit ihnen in ihrem Café Julius im Smac zu diskutieren. Der Titel: Tacheles-Gespräche auf dem goldenen Sofa. „Wir möchten jüdische Stimmen zu Gehör bringen, um mehr Verständnis zu erzeugen für Positionen, die gemeinhin einfach wegdiffamiert werden“, hatte Sommerfeld angekündigt. Den Auftakt macht die österreichische Schriftstellerin Eva Menasse am 26. März. Unter anderem die Menschenrechtsaktivistin Fanny-Michaela Reisin und der israelische Ökonom Shir Hever stehen weiter auf der Gästeliste. Sommerfeld beschreibt sie in ihrer Ankündigung als Intellektuelle, die teils selbst Antisemitismus, teils Diffamierung als Antisemiten erfahren haben.



Nirit Sommerfeld, Jahrgang 1961, ist deutsch-israelische Jüdin. Ihr Großvater stammte aus Chemnitz und wurde von den Nazis ermordet. Das Café Julius im Smac erinnert an ihn. Foto: Jana Wejkum/Archiv

Unabhängig des kontroversen Untertons im Programm hatte Nirit Sommerfeld Anfang des Jahres die Zusage für eine Förderung ihrer Diskussionsreihe erhalten. Rund 14.000 Euro bewilligte die Sächsische Kulturstiftung. Jetzt prüft die Stiftung diese Bewilligung nochmals.

Offiziell aus formalen Gründen. Es habe eine Befangenheit im Förderverfahren gegeben, die nicht offengelegt worden sei, sagt Stiftungsdirektor Manuel Frey. Nirit Sommerfeld erklärt, worum es geht. Chris Münster sitzt im Vorstand ihres Vereins und war zugleich Mitglied der Kulturstiftungs-Jury, die über die Fördermittelanträge entschieden hat. Chris Münster räumt die Befangenheit ein, widerspricht aber, diese nicht offengelegt zu haben. „Ich habe mich deshalb weder an der Diskussion über das Projekt, noch bei der Abstimmung dazu beteiligt und das offen kommuniziert“, sagt er.

Sommerfeld und Münster halten die Formalie für einen willkommenen Zufall, der der Stiftung als Begründung der Distanzierung in die Hände spiele.

Die Antonplatz-Akteure sind überzeugt, dass der eigentliche Grund für den sich abzeichnenden Rückzieher der Stiftung an anderer ist. Unter anderem resultiere er aus einem Brief, der mit weit über 100 Namen untersetzt ist – darunter der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Chemnitz mit Ruth Röcher an der Spitze.



Manuel Frey ist Direktor der Sächsischen Kulturstiftung. Sommerfelds Förderantrag werde nochmal geprüft, weil es eine verdeckte Befangenheit gegeben habe, sagt er. Foto: Oliver Killig/Archiv

Der Brief, der offenbar auch an die Landesregierung, den Landtag und den Zentralrat der Juden ging, liegt „Freie Presse“ vor. Ebenso ein Mailverkehr zwischen Nirit Sommerfeld und der Kulturstiftung, in dem die Stiftung die Freigabe des Programmflyers für die Tacheles-Gespräche in Chemnitz aufschiebt und dabei auf den Brief verweist.

In dem Brief wird die Kulturstiftung aufgefordert, die Förderung für Sommerfelds Projekt wieder zurückzunehmen. Die Begründung: Sowohl Sommerfeld als Organisatorin als auch Fanny Michaela Reisin und Shir Hever als zwei ihrer Gäste stünden mit dem vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften Verein „Jüdische Stimme“ in Verbindung. Es handle sich um „bundesweit bekannte Mitglieder“, heißt es. Die Kritiker verweisen auf einen Beschluss des Bundestages, wonach keine Projekte finanziell gefördert werden dürften, die Antisemitismus verbreiteten und das Existenzrecht Israels infrage stellten.

Sommerfeld bestreitet die beschriebene Einordnung des Vereins „Jüdische Stimme“ im Bundesverfassungsbericht 2024, der 2025 erschienen ist, nicht. Sie sei aber inzwischen ausgetreten und bei Shir Hever sei das schon länger der Fall. Außerdem sei sie der Kulturstiftung entgegengekommen und habe die Auftritte der umstrittenen Gäste aus dem Förderantrag herausgenommen. Bei der Kulturstiftung bestätigt man das Vorliegen des Briefes, er sei aber nicht der Grund für die jetzige Prüfung der Förderung. (suki/kas)